Ahlener Volkszeitung

Bezugspreis: 1,75 Mk. monatlich.

Amtsblatt des Stadtkreises Bocholt

Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken.

Organ der Zentrumspartei

Bocholter-Borkener Volksblatt

Bocholter Heimatzeitung

Geschäftsstellen: Bocholt, Neutorstraße 14. Fernsprech-Sammelnr. 2054. / Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolfing. Werth: Th. Parras.

Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 137 | Montag, den 18. Mai 1931 | Jahrgang 1931

Vormarsch des Radikalismus in Oldenburg.

Von allen bürgerlichen Parteien hat sich allein das Zentrum behauptet.

Nationalsozialisten und Kommunisten Gewinner des Wahlkampfes.

+ **Oldenburg**, 17. Mai.

Der Wahlsonntag in der Landeshauptstadt Oldenburg ist ruhig verlaufen. Die Wahlbeteiligung betrug in der Stadt Oldenburg selbst etwa 80 Prozent, also etwa so viel wie bei der letzten Reichstagswahl. Im Vergleich zu den letzten Landtags- und Reichstagswahlen ist ein starkes Anwachsen der Nationalsozialisten zu konstatieren. Auch die Kommunisten gewannen gegenüber der letzten Wahl. Alle bürgerlichen Parteien, mit Ausnahme des Zentrums, haben starke Verluste erlitten, am meisten aber haben die Sozialdemokraten und die Wirtschaftspartei an Stimmenzahl eingebüßt. Das Zentrum hat sich den Erwartungen entsprechend ausgezeichnet gehalten und sich auch in Oldenburg wie anderswo wiederum als den ruhenden Pol in der Erscheinungen Flucht bewährt.

Nach einem von der Telegraphen-Union verbreiteten vorläufigen nichtamtlichen Wahlergebnis aus dem gesamten Freistaatgebiet, das bekanntlich in die drei Landesteile Oldenburg, Birkenfeld und Lübeck (nicht mit der Freien Stadt gleichen Namens zu verwechseln) zerfällt, ist das Ergebnis des Wahlkampfes folgendes:

	Heute	Landt. 1928	Reichst. 1930
DVP	5 898 (1)	41 413 (†)(5)	13 431
SPD	54 878 (11)	67 005 (15)	66 148
Staatsp.	8 513 (1)	24 711 (5)	13 579
NSDAP	97 778 (19)	17 457 (3)	76 216
KPD	18 935 (3)	8 490 (1)	13 933
WP	4 272 (0)	11 763 (2)	10 029
Landvolk	5 403 (1)	14 450 (3)	12 756
Chr. Soz. Volksd.	29 24 (0)	1 343 (—)	3 054
Zentrum	46 192 (9)	39 602 (9)	47 733
DNVP	12 689 (2)	— (†) (4)	14 203
Weyand (Volksp.)	5 194 (1)	—	—
Unabhäng.	254 (0)	—	—

† (Bei der Landtagswahl 1928 gingen Deutschnationale ud Deutsche Volkspartei zusammen.)

Die Ziffern in Klammern bezeichnen die Mandate. — Bei der Auflösung des Landtages waren die Nationalsozialisten durch fünf Abgeordnete vertreten, da je ein Deutschnationaler und ein Landvolkabgeordneter sich der N. S. D. A. P. angeschlossen hatten. Die Deutsche Volkspartei war demnach durch 3 und das Landvolk durch 2 Abgeordnete im aufgelösten Landtag vertreten.

★

So erfreulich der Ausfall der oldenburgischen Landtagswahlen für die Zentrumspartei ist, deren Wähler ihr in mustergültiger Weise die Treue gehalten und auch hier wiederum den trefflichen Beweis ihres staatspolitischen Verantwortungsbewußtseins erbracht haben, so niederschmetternd ist das Wahlergebnis im Ganzen. Denn es zeigt, wie sehr die nicht katholischen Wählerschichten, die bisher zur bürgerlichen Mitte zu zählen waren, der Hand ihrer Führer entglitten sind, und wie sehr auch ein starker Teil der sozialdemokratischen Wählerschaft unter der Beeinflussung des Kommunismus und der schlechten Wirtschaftslage sich dem Radikalismus zugewandt hat.

Ob die jetzige Regierung, deren Lage starke Aehnlichkeit mit der des Kabinetts Brüning hatte, sich weiter behaupten kann, muß abgewartet werden. Es kommt dabei auf die Haltung der beiden Deutschnationalen und des einen Landvolksabgeordneten an. Halten sie zur Mitte, so würde sich, vorausgesetzt daß die Sozialdemokratie sich weiter zur Unterstützung der Regierung entschlösse, eine Mehrheit von 26 Stimmen für die Regierung Cassebohm gegen die 22 Stimmen der Opposition von Nationalsozialisten und Kommunisten ergeben. Die Rechte mit Einschluß der Deutschen Volkspartei hat dagegen zusammen nur 24 Stimmen.

★

Ergebnis im Landesteil Lübeck.

⊙ **Eutin**, 17. Mai.

Bei den heutigen Wahlen für den Oldenburgischen Landtag wurden im Landesteil Lübeck gezählt: Soz. 8283 (bei der letzten Reichstagswahl 9756), Ztr. 294 (398), Dtn. 1427 (1566), Komm. 1871 (1724), Dtsch. Vp. 861 (2016), Nat.-Soz. 9656 (7559), Wirt. P. 114 (478), D. St. 431 (1200), Chr.-Soz. 161 (138) Stimmen. Die Wahlbeteiligung betrug 88 Prozent.

★

Das Ergebnis von Birkenfeld.

Birkenfeld, 17. Mai.

Bei den Wahlen zum Oldenburgischen Landtag wurden in dem von der Rheinprovinz umschlossenen Landesteil Birkenfeld von 35 777 Wahlberechtigten 23 587 Stimmen abgegeben, das sind 66 Prozent gegenüber 70 Prozent bei den letzten Reichstagswahlen vom 14. September 1930. 180 Stimmen waren ungültig.

Von den abgegebenen Stimmen entfallen — in Klammern Vergleichszahlen von den Landtagswahlen vom 20. Mai 1928 bezw der Reichstagswahl vom 14. Sept. 1930 — auf die Soz. 3719 (5006 bezw. 5365), Ztr. 3498 (3278 bezw. 3749), Nat.-Soz. 8092 (8089 bezw. 5945), Landesblock (Dtn., Dt. Vp., Wirt. P., Chr.-Nat., Bauernpartei und Konserv.) 5194 (5893 bezw 7118), Komm. 2303 (637 bezw. 1883), St. P. 336 (2011 bezw. 927), Chr.-Soz. 221 (keine Vergl.-Zahl) und U. S. P. D. 226 (keine Vergl.-Zahl).

Landung dreier französischer Militärflugzeuge in Schweinfurt.

Mit je zwei Maschinengewehren an Bord.

:: **Schweinfurt**, 17. Mai.

Am Sonnabend abend um 18 Uhr sind auf dem Flugplatz in Schweinfurt drei französische Flugzeuge gelandet. Sie waren mit Militärpersonen besetzt, und zwar mit einem Leutnant, einem Feldwebel und einem Korporal. Jede Maschine hatte zwei Maschinengewehre an Bord, dagegen keine Photoapparate. Die Insassen wurden verhaftet und die Flugzeuge beschlagnahmt. Die Verhafteten wurden im Hotel „Bayrischer Hof" interniert und noch am gleichen Abend einem eingehenden Verhör durch Vertreter des Reichswehr- und des Reichsverkehrsministeriums unterzogen. Das Reichswehrministerium hatte Offiziere des Standortes Nürnberg mit der Vernehmung beauftragt.

Die Verhafteten geben an, in der Nähe von Lyon zu einem größeren Streckenflug gestartet zu sein. Sie wollten nach Umwegen in Straßburg landen, hätten sich aber in der Richtung geirrt und seien zur Landung auf dem Flugplatz Schweinfurt gezwungen gewesen. Diese Angaben klingen sehr unglaubwürdig, da Schweinfurt hunderte von Kilometern von dem Bestimmungsort entfernt ist.

Von zuständiger Stelle wird in diesem Zusammenhang mitgeteilt, daß die Ermittlungen durch das Reichswehrministerium in dieser Angelegenheit eingeleitet und zur Stunde noch im Gange sind. Eine Stellungnahme dazu kann erst erfolgen, wenn das abschließende Ergebnis der Untersuchung vorliegt.

Die politische Gefahr des Brotpreises.

Politik und Parlament in der Pfingstwoche.

+ **Berlin**, 17. Mai.

Eine der wichtigsten politischen Fragen wird in den nächsten Wochen die Frage des Brotpreises sein. Wenn nicht in allerkürzester Frist eine Vereinigung dieser Frage erfolgt, dann besteht die Gefahr ernster politischer Schwierigkeiten. Schon in der letzten Sitzung des Aeltestenrates des Reichstages haben die sozialdemokratischen Vertreter erklärt, daß sie sich einen eigenen Antrag auf Reichstagseinberufung vorbehalten müssen, wenn die Regierung nicht umgehend dafür sorgt, daß der alte Brotpreis wieder Geltung erhält. In der Zwischenzeit hat man nun eine Teillösung gefunden, die aber als völlig unzulänglich bezeichnet wird, da sie einmal den alten Preis nicht wieder herstellt, zum anderen von den großen Brotfabrikanten überhaupt nicht anerkannt wird und schließlich schon deshalb von geringer Bedeutung ist, weil sie sich nur auf Berlin beschränkt. Außerdem besteht keinerlei Gewähr, daß diese Teillösung längeren Bestand haben wird. Aus dem Reiche laufen täglich Meldungen ein, die zeigen, daß außerhalb Berlins die Welle der Brotpreisverteuerung andauert. Die Sozialdemokraten sind der Ansicht, daß ohne Zollsenkung die Brotpreisfrage nicht gelöst werden kann, und daß es von entscheidender politischer Bedeutung sein wird, ob der Reichskanzler rechtzeitig vor dem sozialdemokratischen Parteitag die Gelegenheit ergreift, um klar und eindeutig durch eine Zollsenkung zu erkennen zu geben, daß die Regierung ihre gesetzlichen Verpflichtungen einzuhalten gewillt ist. Man betont in sozialdemokratischen Kreisen, daß eine wesentliche und eventuell entscheidende Zuspitzung der politischen Lage eintreten müsse, wenn die Regierung sich dieser Verpflichtung entziehe.

Wie das VDZ-Büro erfährt, werden die Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vor dem Parteitag, voraussichtlich schon im Laufe dieser Woche, Schritte beim Reichskanzler unternehmen, um eindeutig klarzustellen, welche politische Bedeutung sie der Brotpreisfrage beimessen. Das Nähere wird in einer Sitzung des Vorstandes der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion festgelegt werden, die voraussichtlich in den nächsten Tagen einberufen wird. Im übrigen wird die Fraktion die weitere Entwicklung abwarten und vorläufig entscheidende Beschlüsse jedenfalls vor dem Parteitag nicht fassen. Ein Antrag auf Reichstagseinberufung würde also im Juni, wenn der Parteitag vorüber ist, gestellt werden.

Auch der Vorstand der Zentrumsfraktion des Reichstages hält in dieser Woche eine Sitzung ab, um die politische Lage zu besprechen. Es ist anzunehmen, daß die Entwicklung der Brotpreisfrage auch in dieser Sitzung eine entscheidende Rolle spielen wird.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat gestern in Saarbrücken getagt und folgende Entschließung gefaßt:

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat die durch den Rückgang der Steuereinnahmen und den fortschreitenden Verfall der deutschen Wirtschaft entstandene gefahrdrohende Lage für Reich, Länder und Gemeinden eingehend beraten. Die von der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei schon im Dezember 1930 ausgesprochenen Warnungen und Forderungen haben sich im vollsten Umfange gerechtfertigt. Die Lebenshaltung des deutschen Volkes ist in breiten Teilen heute schon stark eingeschränkt. Weitere scharfe Ausgabendrosselungen zur inneren Gesundung und Rettung wird die Regierung schnell und entschlossen durchsetzen müssen. Das deutsche Volk wird diese Opfer nur tragen können, wenn es sieht, daß sie die Stärkung des Reiches im Kampf um die Revision der Tributlasten zum Ziele haben. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei erwartet deshalb von der Reichsregierung, daß sie entschlossen, im inneren und zeitlichen Zusammenhang mit den Maßnahmen zur inneren Sanierung, gegenüber den Gläubigermächten die Verhandlungen über die Revision der Tributverträge in Gang bringt.

In dieser Woche finden übrigens noch mehrere parlamentarische Tagungen statt, sodaß die Pfingstwoche diesmal parlamentarisch durchaus nicht so ruhig verläuft, wie das sonst in den Wochen vor größeren Festen üblich ist. Die wichtigste dieser Tagungen ist die des Preußischen Staatsrates, der am Dienstag den evangelischen Kirchenvertrag verabschieden will. Die Plenartagung wird von Montag schon in Ausschußsitzungen vorbereitet. Ebenfalls am Dienstag hält der Reichsrat eine Vollsitzung ab, um einige laufende Angelegenheiten zu erledigen; u. a. sollen in dieser Sitzung die verschiedenen Steuerverordnungen zur Einheitsbewertung usw. erledigt werden. Endlich tagt am Donnerstag der preußische Untersuchungsausschuß, der die Personalverhältnisse im Statistischen Landesamt prüft.

Die französische Denkschrift über die deutsch-österreichische Zollunion.

Die angebliche Gefährdung der Unabhängigkeit Oesterreichs.

((**Genf**, 17. Mai.

Die seit langem erwartete Darlegung des französischen Standpunktes zur Frage einer deutsch-österreichischen Zollunion ist dem Sekretariat des Völkerbundes dieser Tage zugegangen und heute auch den Mitgliedern des Völkerbundsrates mitgeteilt worden. Es handelt sich um eine vom 14. Mai datierte, 24 Schreibmaschinenseiten umfassende Denkschrift, die das Problem unter dem Gesichtspunkt des Völkerbundes, der politisch-wirtschaftlichen Lage Oesterreichs und schließlich vom Standpunkt der Bemühungen um die europäische Einigung behandelt.

In der Einleitung der Denkschrift heißt es:

Die britische Regierung hat dadurch, daß sie die durch das deutsch-österreichische Protokoll über die Errichtung einer Zollunion aufgeworfene Frage auf die Tagesordnung der 63. Tagung des Völkerbundsrates setzen ließ, einen Schritt unternommen, den die französische Regierung lebhaft begrüßt hat. Die Umstände, unter denen dieses Protokoll abgeschlossen worden ist, haben vielleicht ebensosehr wie seine Bestimmungen selbst in Europa eine so lebhafte Erregung verursacht, so unerfreuliche Erinnerungen erweckt und so bestimmte Befürchtungen hervorgerufen, daß es die Oeffentlichkeit nicht hätte verstehen können, wenn der Rat des Völkerbundes als oberster Wächter des Friedens in der Welt sich nicht eines diplomatischen Vorganges angenommen hätte, durch den die internationalen Beziehungen offenbar beeinträchtigt wurden und über dessen Rechtmäßigkeit ernsteste Zweifel sofort bei seinem Bekanntwerden aufgetaucht sind.

Der erste Teil der französischen Denkschrift geht unter Berufung auf den Vertrag von St. Germain und das Protokoll von 1922 von dem Standpunkt aus, daß das in dem Protokoll vom 19. März 1931 vorgesehene Zollabkommen, wenn es dazu angetan sei, die Unabhängigkeit Oesterreichs zu gefährden, nur dann gültig abgeschlossen werden könne, wenn der Völkerbundsrat vorher seine Zustimmung erteile. Die Denkschrift untersucht in diesem Zusammenhang zunächst den Begriff der Unabhängigkeit Oesterreichs und

kommt zu dem Ergebnis, daß mit der im Jahre 1919 für unveräußerlich erklärten Unabhängigkeit nicht nur die politische Unabhängigkeit gemeint sei, sondern die Unabhängigkeit in jeder Beziehung, insbesondere die wirtschaftliche Unabhängigkeit. Nach Auffassung der französischen Regierung könne man nicht daran zweifeln, daß die Unabhängigkeit Oesterreichs, wenn das vom deutsch-österreichischen Protokoll beabsichtigte Zollabkommen zustande komme, zumindest gefährdet wäre.

Zum Beweise dafür führt die Denkschrift die Artikel 2, 3, 4 und 7 des Protokolls vom 19. März an, sowie insbesondere den Artikel 9, der in besonders auffallender Weise die Abhängigkeit zeige, in die Oesterreich gegenüber Deutschland geraten werde. Es würde nicht mehr volle Freiheit zum Abschluß von Handelsverträgen mit anderen Ländern haben, sondern verpflichtet sein, solche Verhandlungen gemeinsam mit Deutschland und ohne Beeinträchtigung der Interessen Deutschlands zu führen und die Ratifikationsurkunden nur gleichzeitig mit ihm auszutauschen.

Die Unabhängigkeitsklausel scheint nicht ernstlich gewollt und schwer durchführbar. Die 1922 von Oesterreich übernommene Verpflichtung, sich auf keine Verhandlungen einzulassen, die mittelbar oder unmittelbar seine Unabhängigkeit gefährden könnten, sei eine Gegenleistung, für die ihm von den alliierten Mächten gewährte Hilfe gewesen. Offensichtlich würde das deutsch-österreichische Zollabkommen eine Sonderbehandlung Deutschlands darstellen, offensichtlich würden sich daraus auch ausschließliche Vorteile für Deutschland ergeben, da seine Erzeugnisse nach Ablauf einer Uebergangsperiode zollfrei nach Oesterreich eingehen würden.

In dem zweiten Teile der Denkschrift werden die Fragen allgemeiner Art behandelt. Es sei vorauszusehen, daß durch den Abschluß des deutsch-österreichischen Zollabkommens ernste Streitigkeiten zwischen den Staaten über die Anwendung der Meistbegünstigungsklausel entstehen würden und auf der einen oder anderen Seite die Kündigung der gegenwärtig geltenden Handelsverträge veranlaßt würde. Die dadurch entstehenden Schwierigkeiten würden so ernst sein, daß es schon jetzt Sache des Völkerbundsrates sei, sich um ihre Verhinderung zu bemühen. Die Denkschrift bemüht sich eingehend um den Nachweis, daß die „Empfehlungen zur Handelspolitik des Wirtschaftskomitees des Völkerbundes vom Jahre 1929, in denen Zollunionen als durch die Situation zugelassene Abweichungen von dem Grundsatz der Meistbegünstigung bezeichnet werden, für den vorliegenden Fall nicht anwendbar seien.

Mehrere Seiten der Denkschrift sind der Frage der inneren wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands und Oesterreichs gewidmet, und es wird versucht, die Folgen einer Zollunion mit Deutschland als für Oesterreich verhängnisvoll hinzustellen. Aus der Statistik könne man vielmehr entnehmen, daß Oesterreich vom wirtschaftlichen Standpunkt her zur Gruppe der Oststaaten gehöre, und daß sich unter diesen Umständen seine Verbindung mit dem Deutschen Reich in keiner Weise rechtfertige.

Im dritten Teil der Denkschrift wird der Beweis der Behauptung versucht, daß diese Union nicht als der Anfang einer wirtschaftlichen Reorganisierung Europas vermittels regionaler Abkommen betrachtet werden könne. Sie würde zu einer Erhöhung der Zollschranken im übrigen Europa und zu einer Erschütterung der mit großen Mühen aufgebauten internationalen Industrieententen führen und so bald Unordnung und Verwirrung in die internationalen Beziehungen bringen.

Schließlich kommt die französische Denkschrift zum Hauptpunkt ihrer Beweisführung, nämlich den „Befürchtungen und Zweifeln über den wahren Charakter der Annäherung zwischen Deutschland und Oesterreich".

Es sei zu befürchten, daß so enge wirtschaftliche Bande die Bildung politischer Bindungen erleichtern und vorbereiten würden, besonders angesichts der Ungleichheit der Partner.

Auch müsse man die Rolle der Zollabkommen in der Entwicklung Deutschlands im letzten Jahrhundert bedenken. Die Schilderung der politischen Entwicklung Deutschlands sei zum großen Teil die Schilderung der Entwicklung seiner Zollunionspolitik von dem Vertrag mit Hessen bis zum Zollvertrag und der Bildung des Zollparlaments.

Auch die Bemühungen, die seit zehn Jahren zwischen Deutschland und Oesterreich zur Vereinheitlichung der Gesetzgebung der beiden Länder unternommen würden, seien nicht dazu angetan, die jetzt auftauchenden Besorgnisse zu zerstreuen.

Die französische Denkschrift schließt mit einer nochmaligen Bezugnahme auf das Memorandum vom 1. Mai 1930, das eine einstimmige Auffassung der 27 europäischen Mitgliedsstaaten des Völkerbundes zum Ausdruck gebracht und die Notwendigkeit festgestellt habe, daß Europa seine Interessen solidarisch und gemeinsam in einer Atmosphäre des Vertrauens auffassen müsse. Deshalb sei es überraschend, daß ein Projekt, das als die Bestätigung dieser neuen Auffassung dargestellt werde, außerhalb aller europäischen Organismen und unter besonderer Geheimhaltung ausgearbeitet worden sei. Die Oeffentlichkeit habe aus diesem Verfahren den peinlichen Eindruck gewonnen, daß man sie vor eine vollendete Tatsache stellen wollte. Dieser Eindruck habe sich nur zum Teil dadurch zerstreut, daß die deutsche und die österreichische Regierung öffentlich ihre Absicht bekundeten, das Verfahren des Völkerbundsrates anzunehmen. Die französische Regierung habe mit der größten Befriedigung von diesen höchst opportunen Erklärungen Kenntnis genommen.

Das gemeinsame Gesetz der Mitglieder des Völkerbundes, so heißen die Schlußsätze der Denkschrift, ist ihre

Unterwerfung unter die Verpflichtungen der Verträge. Die Unterzeichner des Protokolls vom 19. März 1931 haben sich damit einverstanden erklärt, daß der Rat der Schiedsrichter über die Unabhängigkeit Oesterreichs sei; es ist also

Sache des Rates, mit allen Mitteln, die er für ersprießlich hält, zu untersuchen, ob das deutsch-österreichische Protokoll diese Unabhängigkeit gefährdet.

Die Mitglieder des Völkerbundes können seine Zuständigkeit heute so wenig bestreiten, wie sie sich morgen gegen die ergangene Entscheidung auflehnen können. In Erwartung dieser Entscheidung darf morgen so wenig wie gestern irgendeine Aktion veranlaßt werden, die, um den Wortlaut der Entschließung vom 7. Juni 1928 wieder aufzugreifen, „geeignet wäre, die Prüfung oder die Regelung der Frage durch den Rat zu gefährden". Die Politik der vollendeten Tatsache ist die Regierung der wesentlichen Grundsätze, auf denen der Friede beruht, der sich nur durch die Achtung der Verträge behaupten kann. Wenn die vollendete Tatsache durchdringen sollte, was würde aus jenem Vertrauen werden, das für Europa so notwendig ist, damit es mit Entschlossenheit den ernsten Verhandlungen entgegengehen kann, die im kommenden Jahre bevorstehen?

Die deutsche Delegation hat sich sofort an die Prüfung der Denkschrift gemacht. Da man auf Grund der Blättermeldungen mit dem ungefähren Inhalt der Denkschrift bereits seit längerem vertraut war, so konnte die deutsche Regierung das Material zur Widerlegung der in der französischen Denkschrift gemachten Ausführungen längst bereitstellen. Die deutsche Delegation prüft daher vor allem die Frage, in welcher Form der französischen Regierung geantwortet werden soll. Reichsaußenminister Dr. Curtius hatte in Zusammenhang mit dieser Angelegenheit heute vormittag bereits eine eineinhalbstündige Unterredung mit dem österreichischen Vizekanzler Dr. Schober.

Die deutsche und österreichische Haltung im Völkerbundsrat.

:: Genf, 17. Mai.

In maßgebenden Kreisen der deutschen Abordnung wird die von Briand sämtlichen Ratsmächten übermittelte Denkschrift über das deutsch-österreichische Zollabkommen auf das entschiedenste abgelehnt. Die von Briand eingeschlagene Methode, am Vorabend der Ratsverhandlungen über das Zollabkommen den Mächten eine einseitige Darstellung der Sachlage zu übermitteln, hat allgemeines Befremden erregt, da ein derartiges Vorgehen von seiten einer im Rat vertretenen Großmacht bisher in Genf nicht üblich war. Die französische Denkschrift, die dem englischen Antrag widerspricht, wird im Völkerbundsrat vom österreichischen Außenminister Schober auf das nachdrücklichste zurückgewiesen werden.

Es steht nunmehr fest, daß in der Montagvormittagsitzung des Rates der englische Außenminister Henderson seinen Antrag auf rechtliche Prüfung des deutsch-österreichischen Zollabkommens durch den Völkerbundsrat vorbringen und begründen wird. Hierbei wird erwartet, daß der englische Außenminister gleichzeitig auch den Antrag auf Einholung eines Rechtsgutachtens des Haager Schiedsgerichtshofes über die Vereinbarkeit des Zollabkommens mit den Bestimmungen des Genfer Protokolls von 1922 stellen wird. Schober wird sodann eingehend die Rechtsfrage vom völkerrechtlichen Standpunkt aus behandeln und erklären, daß die französische Denkschrift wohl in der Europa-Kommission erörtert werden, jedoch nicht Gegenstand von Beratungen des Völkerbundsrates bilden könne. Sollte von französischer oder tschechoslowakischer Seite die Briandsche Denkschrift zum Gegenstand von Verhandlungen im Rate gemacht werden, so wird der deutsche Außenminister Dr. Curtius gleichfalls hervorheben, daß der Völkerbundsrat sich ausschließlich mit der rechtlichen Frage des Abkommens zu befassen habe.

Der französische „Wirtschaftsaufbauplan"

Der Köder für Oesterreich

× Genf, 16. Mai.

Der „Wirtschaftsaufbauplan" der französischen Regierung ist heute nachmittag von der französischen Abordnung im Wortlaut und in einem Auszug veröffentlicht worden. Er enthält gegenüber dem, was aus Vorankündigungen bekannt ist, wenig Neues.

Der Auszug beginnt mit der Bemerkung, daß die französische Regierung der Ueberzeugung ist, daß das deutsch-österreichische Zollunionsabkommen, das gewissen internationalen Verpflichtungen widerspricht, nicht geeignet sei, weder den Beteiligten, noch Europa die Vorteile zu bringen, welche die Urheber des Plans erwarten, und sich daher veranlaßt sehe, in Genf einen Plan vorzulegen, der die Möglichkeit beschleunigter und praktischer Lösungen für die dringenden Probleme enthält. Für die Regelung der Getreidefrage schlägt die französische Regierung ein Vorzugssystem, das den Ausfuhrstaaten gewährt werden soll, vor. Als etwaige Gegenleistung

käme ein Vorzugssystem für Industriewaren nicht in Frage.

Die Vorteile einer solchen Gegenleistung müßten allen Staaten, die den Vorzug der Meistbegünstigung genießen, zugutekommen. Die Agrarländer auf der einen, die Industrieländer auf der andern Seite sollen sich zusammentun, um durch gemeinsame Abmachungen die betreffenden Fragen zu regeln.

Außerdem tritt die französische Regierung für den weiteren Ausbau internationaler Abmachungen auf industriellem und landwirtschaftlichem Gebiet ein. Die französische Denkschrift weist auf die zahlreich bestehenden Kartelle hin, die den Beweis lieferten, daß die Methode einer Organisierung der Märkte unter Beschränkung auf bestimmte Arten von Waren geeignet sei, praktische Ergebnisse herbeizuführen. Die französische Regierung befürwortet

die Ausdehnung der internationalen Kartelle auf andere industrielle Erzeugnisse,

wie Textilien, Glas, Kohle usw. und ebenso auf landwirtschaftliche Erzeugnisse wie Getreide, Mais, Holz. Es bestehe begründete Hoffnung, daß die Organisierung eines europäischen Marktes durch Industrieabmachungen zum Abbau der Zollschranken führen würde. Weiter wird auf die in Genf stattfindenden Verhandlungen zur Schaffung eines

internationalen Agrarkreditinstituts

hingewiesen und bemerkt, daß die französische Regierung darüber hinaus bereit sei, mit den französischen Banken über die Bedingungen zu verhandeln, zu denen diese an der Finanzierung der Ernte sich beteiligen könnten. Frankreich sei überdies bereit, jede Art von Zusammenarbeit des französischen Marktes mit den andern Märkten zu erleichtern, und zwar sowohl bezüglich der laufenden Finanzoperationen als auch der großen Staatskredite. Man sei auch bereit, einem besonderen Büro des Völkerbundes oder dem Finanzausschuß die Aufgabe zu übertragen, solche Anleihen vorzubereiten und zu beaufsichtigen. Für die Unterbringung solcher Anleihen sei man zu weitestgehender Mitarbeit bereit, vorausgesetzt, daß diese Anleihen einen internationalen Charakter hätten.

In dem Teil des Plans, der sich mit der wirtschaftlichen Lage Oesterreichs befaßt, wird festgestellt,

daß diejenigen Staaten, denen gegenüber Oesterreich sich seinerzeit verpflichtet hätte, seine wirtschaftliche Unabhängigkeit zu wahren, auch die Pflicht hätten, zu seiner wirtschaftlichen Entwicklung beizutragen.

Um Oesterreich eine wirksame Hilfe zu gewähren, erwäge man den Gedanken von besonderen Handelsvorteilen zugunsten Oesterreichs. Die Hauptkunden dieses Landes würden ohne Ausnahme aufgefordert, durch eine gemeinsame Abmachung Oesterreich Erleichterungen zur Entlastung seines Absatzmarktes zu gewähren. Man sei berechtigt, zu glauben, daß dieses System der österreichischen Wirtschaft helfen würde, ohne die Handelsbeziehungen dritter Staaten zu erschüttern, und daß dieses System Oesterreich die Vorteile bringen würde, welche die Urheber der Zollunion im Auge hatten. Die französische Regierung sei sich darüber klar, daß ihre Vorschläge über die Beseitigung der Schwierigkeiten in den Agrarstaaten zugunsten Oesterreichs eine Abweichung von der Meistbegünstigungsklausel bedeuteten. Es handle sich hier aber um eine außerordentliche Lage, und die in Aussicht genommenen Maßnahmen hätten nur zeitlichen Charakter.

Guter Anfang von Curtius und Schober in Genf.

Die Aussprache über die Zollunion.

× Genf, 16. Mai.

Im Europa-Ausschuß schloß sich heute vormittag unmittelbar an die Rede des Reichsaußenministers Dr. Curtius eine entschiedene, aber ruhig geführte Kontroverse zwischen Briand und Dr. Curtius. (Wir haben darüber bereits in einem größeren Teil der gestrigen Auflage berichtet, für den anderen Teil folgt hier eine kurze Wiederholung.) Briand, der sich gleich nach der Rede des deutschen Ministers erhob, erklärte, dieser habe zwar viele treffende Bemerkungen gemacht, wenn man aber zunächst einzelne Unionen anstrebe, die Dr. Curtius befürworte, so könne man das nur tun, wenn man bereits die Hoffnung auf eine allgemeine Einigung aufgegeben habe. Aber, so fragte Briand, dürfen wir diese Hoffnung aufgeben, ehe wir den Versuch einer Einigung gemacht haben?

Briand erinnerte daran, daß Frankreich seinen Widerstand gegen das deutsch-österreichische Zollprojekt bereits deutlich zu erkennen gegeben habe und erklärte, daß es seine Haltung nicht ändern werde.

Briand schloß: In diesem Punkte kann ich zu meinem Bedauern mit Dr. Curtius nicht einverstanden sein. Ich bin bereit, alle Systeme zuzulassen, aber diejenigen, die durch die Verträge und die internationalen Abkommen nicht erlaubt sind, wird man besser nicht vorschlagen.

Dr. Curtius erwiderte sofort, daß er in seiner heutigen Rede die deutsch-österreichische Zollunion nur erwähnt habe, um zu sagen, daß er von ihr in diesem Rahmen nicht sprechen wolle. Im Europa-Ausschuß stehe gegenwärtig doch nur die allgemeine Frage der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit von Zollunionen zur Erörterung. Am Montag werde im Völkerbundsrat Gelegenheit sein, diese Frage zu erörtern, bei der Deutschland auf dem Standpunkt stehe, daß es sich im Rahmen der Verträge gehalten habe.

Auch in nichtdeutschen Kreisen des Europa-Ausschusses ist das Verhalten Briands, sein vollkommen unzulässiger Versuch, politische Fragen in die Debatte des Europa-Ausschusses zu ziehen, als peinlich und unpassend empfunden worden; und man hat es aufrichtig begrüßt, daß Dr. Curtius diesen Eingriff des Präsidenten zurückgewiesen hat.

Zu Beginn der Nachmittagssitzung war bereits der französische Gegenplan (über den wir an anderer Stelle berichten) verteilt worden. Die allgemeine Aussprache setzte zunächst der italienische Außenminister Grandi fort.

Er charakterisierte kurz die Auffassung seiner Regierung zu den verschiedenen in die Debatte geworfenen Lösungsmöglichkeiten. Wenn man die Schaffung großer Wirtschaftsgebiete durch das Mittel von Zollunionen empfohlen habe, so zeige das Beispiel Amerikas, daß auch ein stark ausgeweitetes Wirtschaftsgebiet von den Erschütterungen der Konjunktur nicht unberührt bleibe. Außerdem verbinde sich bei dem Gedanken der Zollunion das wirtschaftliche Element mit dem politischen und juristischen zu einer Zeit, wo gegenseitiges Vertrauen und Ruhe der Völker unerläßliche Voraussetzung für die Wohlfahrt Europas seien. Die Lösung der europäischen Krise liege nicht in einer Formel, sondern in einer Verständigung der Staaten im allgemeinen und der Interessenten untereinander.

Der französische Unterstaatssekretär François Poncet erläuterte hierauf in mehr als einstündiger Rede den heute veröffentlichten sogenannten Wirtschaftsplan der französischen Regierung, der die vier Punkte Kontingenz- und Präferenz-Systeme, industrielle und landwirtschaftliche Verständigungen, besondere Maßnahmen für Oesterreich und Verbesserung der Kreditbedingungen enthält. Die französische Regierung glaube nicht, führte Poncet dazu aus, daß die Aufteilung Europas in mehrere Wirtschaftsblocks ein gutes Mittel zur Sicherung des Friedens und zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise sei. Politik und Wirtschaft ließen sich so scharf nicht trennen. Es genüge, daß eine alte Tendenz zur politischen Verbindung fortbestehe, um die bloße Ankündigung einer Zollunion auf Mißtrauen stoßen zu lassen. In Deutschland und Oesterreich habe man jedenfalls früher mit einer Zollunion politische Gedankengänge verknüpft. Die Schaffung eines Wirtschaftsblocks würde die Entstehung konkurrierender Blocks zur Folge haben und in der weiteren Entwicklung zu internationalen Spannungen und zur Erschütterung des Völkerbundes führen.

In einer eindrucksvollen Rede in englischer Sprache plädierte der österreichische Vizekanzler Dr. Schober für die Sache seines Landes. Er zählte die verschiedenen Versuche auf, die auf die österreichische Initiative hin in den Jahren 1922, 1923 und 1925 unternommen wurden, um durch ein Zollpräferenzsystem oder durch eine Zollunion mit den Nachbarn — Deutschland, Tschechoslowakei und Italien — zu einer Lösung der österreichischen Frage zu kommen. Politische und wirtschaftliche Widerstände hätten sich immer wieder solchen Versuchen entgegengestellt. Auch die Weltwirtschaftskonferenz im Jahre 1927 habe trotz aller Bemühungen kein Ergebnis geliefert. Dr. Schober kam nunmehr auf seine bei der vorjährigen Septembertagung des Völkerbundes entwickelte Idee der regionalen Verständigung zu sprechen und verwies auf ähnliche Bestrebungen der osteuropäischen Agrarstaaten, auf die zwischen Rumänien und Jugoslawien projektierte Zollunion, auf die Zusammenarbeit zwischen Holland, Belgien und den skandinavischen Staaten, sowie auf die vielseitigen Verhandlungen mehrerer Länder mit Großbritannien. Die Ziele aller dieser Aktionen seien aber naturgemäß begrenzt, sagte er, sie könnten den spezifisch österreichischen Wirtschaftsnöten nicht abhelfen. Oesterreich sei sich darüber im klaren, daß mit den bisher üblichen Methoden der Handelspolitik keine Erleichterung des Handelsverkehrs erreicht werden könne. Eine der neuen Methoden wäre das System der Vorzugszölle. Damit es aber wirksam sein könne, müßten die Vorzugszölle großzügige generelle Herabsetzungen aller Zölle bedeuten. Die größte Schwierigkeit liege jedoch darin, daß dafür die Zustimmung aller meistbegünstigten Staaten notwendig sei. Und in der Tat: die in den letzten Monaten in Genf, Paris und Rom abgehaltenen Konferenzen scheinen jedenfalls zu beweisen, daß Vorzugszölle keinen Ausweg aus dem Gestrüpp des übertriebenen Protektionismus darstellen. So bleibe nur mehr die Methode der Zollunion als Hilfsmittel für jene Staaten bestehen, die nicht einfach zum allgemeinen Freihandel übergehen zu können glauben und doch zu einer wesentlichen Erleichterung ihres Handelsverkehrs gelangen müssen. Die Befürchtung, daß sich Europa in feindliche Blocks spalten könne, gehe an den realen Verhältnissen vorbei, denn solche Gruppen würde unbedingt die Tendenz haben, sich zu verschmelzen.

Dr. Schober betonte am Schluß seiner Ausführungen die ernste Absicht Oesterreich, sich und seine regionale Aktion in den europäischen Rahme einzufügen. Oesterreich sei gegenwärtig im Begriff, mit mehreren Nachbarstaaten über Verträge zu verhandeln, die dazu dienen sollen, durch Kredit- und Transiterleichterungen ihren gegenseitigen Verkehr zu fördern. Oesterreich werde aber auch mit dem besten Willen an jedem Vorschlag einer anderen Regierung mitarbeiten. Es könne allerdings nicht mehr länger warten, es müsse auf positiven Verhandlungen bestehen. „Das sind wir," schloß Dr. Schober, „unserem Volke schuldig."

Der Europa-Ausschuß vertagte sich hierauf auf Montag nachmittag 4 Uhr.

Als Ergebnis der heutigen großen Aussprache im Europa-Ausschuß ist festzustellen, daß es der deutschen und der österreichischen Delegation gelungen ist, in sehr wirkungsvoller Weise ihre Gedanken über die Zollunion vor den für die europäische Politik verantwortlichen 27 Staatsmännern zu entwickeln. Es ist kein Geheimnis mehr, daß von gewisser Seite seit Beginn der Tagung der stärkste Druck auf die beiden Delegationen ausgeübt worden ist mit dem Ziel, vor der Behandlung der Frage im Völkerbundsrat jede Erörterung der Zollunionsfrage nach der materiellen Seite hin im Europa-Ausschuß zu unterbinden. Diese Versuche sind an der Haltung des deutschen und des österreichischen Außenministers gescheitert. Die wohl abgewogenen Ausführungen Dr. Schobers, sein freimütiges Bekenntnis zum Gedanken der Zollunion und seine bestimmte Feststellung, daß Oesterreich genug habe an leeren Versprechungen, haben hier in allen deutschen Kreisen einen ausgezeichneten Eindruck hinterlassen. Und was die Rede des Reichsaußenministers anlangt, so ist selten in den letzten Jahren eine Rede eine deutschen Vertreters auf den Völkerbundstagungen mit größerer Spannung aufgenommen worden. Die große Glasveranda war übermäßig besetzt. Mit gespanntester Aufmerksamkeit folgte die Versammlung der Rede und ihrer Uebersetzung ins Französische und Englische. Mit ihr hat der deutsche Vertreter von vornherein der Generaldiskussion das eigentliche Thema, das Problem der regionalen Wirtschaftsvereinigungen, die zwangsläufig zu Zollunionen führen, zugewiesen und dafür gesorgt, daß die Debatte nicht im Sande verläuft. Die Rede hat die seit Tagen etwas stickige Luft hier stark gereinigt, was im Hinblick auf die für Montag angesetzte juristische Beratung des Themas im Völkerbundsrat nicht unwichtig ist. Durch seine heutige Rede hat Dr. Curtius zur rechten Zeit die einzig richtige Plattform für alle weiteren Diskussionen geschaffen und das Thema in den Zusammenhang gestellt, in den es allein gehört, den der wirtschaftlichen Reorganisation Europas.

Der Fortsetzung der Debatte sieht man mit dem größten Interesse entgegen. Dr. Curtius hat die Absicht, sich sehr aktiv an der Aussprache zu beteiligen.

*

Sanierung der österreichischen Kreditanstalt mit Hilfe der BIZ.

:: Genf, 16. Mai.

Das Kontrollkomitee der Garantiestaaten für die österreichische Wiederaufbauanleihe im Jahre 1922 hat heute wiederum mit den Delegierten der österreichischen Regierung den Vorschlag der Emission von 150 Millionen Schatzscheinen, die zur Sanierung der Kreditanstalt notwendig geworden ist, besprochen. Das Komitee hat von der österreichischen Regierung aufklärende Aufschlüsse erhalten und sich mit den Vorschlägen einverstanden erklärt. Es bereitet eine zustimmende Entschließung mit bestimmten Modalitäten betreffend Beteiligung der Bank für internationalen Zahlungsausgleich vor. Am Montag wird das Komitee nochmals zusammentreten, um dem Vorschlag seine endgültige Zustimmung zu geben.

Zweiter Lohnabbau untragbar.

CNB Berlin, 17. Mai.

Reichsarbeitsminister Stegerwald empfing Gewerkschaftsvertreter aller drei Richtungen aus Sachsen, die die Wirtschafts- und Lohnlage in Sachsen von ihrem Standpunkt aus darlegten. An der Verhandlung nahm auch der sächsische Innenminister Richter und der Ministerialdirektor Pötzsch-Hefter teil. Reichsarbeitsminister Stegerwald erklärte, daß weder er noch der Reichskanzler den sächsischen Unternehmern irgendwelche Zusagen zu einem besonderen Abbau der Löhne gemacht hätten. Er halte einen zweiten allgemeinen Lohnabbau aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen für untragbar. Ob etwa in einzelnen Industrien des Bezirks auf Grund besonders ungünstiger Verhältnisse noch ein Lohnabbau nötig sei, müsse von Fall zu Fall in Einzelverhandlungen geprüft werden.

Zwei Obergefreite wegen kommunistischer Umtriebe verhaftet.

:: Berlin, 17. Mai.

Von zuständiger Berliner Stelle wird mitgeteilt: Wegen eines Versuches, kommunistische Zersetzung in die Truppen zu tragen, wurden in Hannover zwei Obergefreite einer Fahr-Eskadron festgenommen und der Staatsanwaltschaft übergeben.

Der Reichsverband der deutschen Presse in Wien.

):(Wien, 16. Mai.

Im Landeshause begann am Samstag die Tagung des Reichsverbandes der deutschen Presse, an der ungefähr 200 Redakteure teilnahmen. Die Eröffnungsansprache hielt der stellvertretende Vorsitzende Ackermann („Deutsche Tageszeitung", Berlin). Im Namen der österreichischen Regierung begrüßte Justizminister Dr. Schürff die Tagung. Er teilte u. a. mit, daß sich die österreichische Regierung vor die Entscheidung über eine Novellierung des neuen Pressegesetzes gestellt, mit Reichsregierung und Reichsjustizministerium ins Benehmen gesetzt habe, um auch auf diesem Gebiete eine Angleichung durchzuführen. Etwa vier Fünftel der Vorarbeiten seien beendet. Es sei zu hoffen, daß die Vorlage bald die beiden Parlamente beschäftigen werde.

Der deutsche Gesandte Dr. Rieth wies auf die Verbundenheit der beiden Staaten hin. Der Präsident des Nationalrates, Dr. Renner, verglich die Tätigkeit der Volksvertretung und die der Presse in ihrem Dienst am Volk und betonte, daß beide sich nur in unbedingter Freiheit entfalten könnten. Geheimrat Dr. Katzenberger von der Presseabteilung der Reichsregierung sagte u. a., für die Regierung seien auch die Motive, die die Presse zur Stellungnahme zwängen, wünschenswert. Dann sprachen der Vizepräsident des Verbandes der österreichischen Zeitungsverleger, Prosel, und für die Organisation der Wiener Presse deren Präsident Zappler.

Es wurde dann in die Tagesordnung eingetreten.

Heute abend empfing Bundeskanzler Dr. Enders die Delegierten des Reichsverbandes. Das Vorstandsmitglied, Reichstagsabgeordn. Baecker, nahm in seinen Dankworten für den Empfang auf die Angleichungsarbeiten Bezug. Bundeskanzler Dr. Enders gab seiner Freude über das Stattfinden der Tagung in Wien Ausdruck und richtete einen Appell an die Vertreter der Presse, die Beziehungen zwischen beiden Staaten noch mehr zu verinnerlichen und die Bemühungen der beiderseitigen Regierungen um die Gesundung der Wirtschaft zu fördern. Nach den Ansprachen wurden die reichsdeutschen Gäste dem Bundeskanzler vorgestellt. Vom Reichspräsidenten ist ein Begrüßungstelegramm eingegangen, in dem er der Tagung, die zum ersten Male außerhalb der Reichsgrenzen stattfindet, guten Erfolg wünscht.

Geheimnisvoller Auftrag für ein englisches Hebeschiff.

+ London, 16. Mai.

Das englische Hebeschiff „Reclaimer" hat am Sonnabend mit geheimer Bestimmung den Hafen von Sunderland (Grafschaft Durham) verlassen. Eine besonders ausgesuchte Mannschaft befindet sich an Bord des Schiffes. Den Seeleuten ist nicht das geringste über Ziel und Zweck der Fahrt mitgeteilt worden. Erst auf offener See wird der Kapitän die versiegelte Fahrtanweisung öffnen. Die Anwesenheit von vier erfahrenen Tauchern und eine Verproviantierung auf fünf Monate lassen jedoch darauf schließen, daß es sich um einen Versuch handelt, die Schätze eines untergegangenen Schiffes zu heben. Gerüchtweise verlautet, daß es sich hierbei um den holländischen Dampfer „Tubantia" handele, der während des Krieges in der Nordsee mit 20 Millionen Reichsmark in Gold gesunken sei. Es wird behauptet, daß das Gold im Auftrage der deutschen Regierung nach Buenos Aires zur Stützung des deutschen Kredits in Südamerika gebracht werden sollte. Das Gold sei unter Wahrung der größten Verschwiegenheit in Hunderten von Holländer Käsen versteckt worden.

Kommunistischer Ueberfall auf ein spanisches Nonnenkloster.

Verhängnisvolles Feuergefecht.

¶ Madrid, 16. Mai.

Im Dorfe Santa Fé bei Granada zündeten in der Nacht zum Samstag Kommunisten ein Nonnenkloster an. Als es schon in hellen Flammen stand, versuchten die bewaffneten männlichen Einwohner der Bande habhaft zu werden, die aber Widerstand leistete und schließlich auf einigen Autos entfliehen konnte. Während der Gouverneur von Granada Truppen zur Hilfe sandte, alarmierte der Bürgermeister von Santa Fé seinen Kollegen vom nächsten Dorfe, damit dieser versuche, den Rückweg der geflohenen Kommunisten abzuschneiden. Bewaffnete Leute dieses Dorfes besetzten die Landstraße und versuchten auch kurze Zeit darauf, ein in schneller Fahrt ankommendes Auto aufzuhalten, in dem die Brandstifter vermutet wurden. Als das Auto die Haltesignale nicht beachtete, schossen die Bauern. Aus dem Auto wurde das Feuer erwidert. So hatte sich ein regelrechtes Gefecht entwickelt, das erst eingestellt wurde, als das Auto mit eingeschalteten Scheinwerfern gegen eine Hauswand rannte. Jetzt erst stellte sich heraus, daß die Insassen nicht die gesuchten Kommunisten waren, sondern der Direktor einer in der Nähe gelegenen Zuckerfabrik mit seiner Familie, die ihrerseits in der Dunkelheit die Bauern für Kommunisten gehalten hatten. Bei der unglücklichen Schießerei gab es fünf Tote und mehrere Verwundete.

*

Großer Diebstahl von Sowjetedelsteinen in Jerusalem aufgedeckt.

):(Jerusalem, 17. Mai. Anläßlich einer Durchsuchung der Wohnung eines verhafteten Postbeamten, der auf dem Hauptpostamt in Jerusalem 140 000 ℳ entwendet hatte, fand man überraschenderweise eine Anzahl Edelsteine im Werte von weiteren 200 000 Mark. Diese Edelsteine sollen einer Sendung aus Sowjetrußland zu Propagandazwecken an die Jerusalemer Kommunisten entstammen. Sie sind bereits vor drei Jahren von dem Verhafteten gestohlen worden.